

# Landwirtschaftliche Flächen müssen erhalten werden

## Jahresversammlung Rhein-Pfalz-Kreis in großer Sorge

Zu Beginn vergangener Woche hat der Rhein-Pfalz-Kreis im Bauern- und Winzerverband Rheinland-Pfalz Süd (BWV) seine Jahreshauptversammlung im Bürgerhaus von Fußgönheim abgehalten. Kreisvorsitzender Johannes Zehfuß begrüßte BWV-Präsident Eberhard Hartelt, der über die Agrarpolitik in Brüssel, Berlin und Mainz sprach, sowie Georg Mercker, der Geschäftsführer vom Wasser- und Bodenverband zur Beregnung der Vorderpfalz, der die neuesten Entwicklungen im Verband beschrieb. Auch die Firma Vulcan Energy stellte ihre Pläne vor und BWV-Justiziar Sebastian Schnabel die Rahmenvereinbarung des BWV mit Vulcan (das LW berichtete).

Auch Kreisvorsitzender Zehfuß begann seinen Jahresrückblick mit den Demonstrationen, an denen viele der zahlreich erschienenen Bauern teilgenommen hatten. Er stellte fest, dass die Politik oft nicht zugänglich ist für die fachlichen und wissenschaftlich hinterlegten Worte der Landwirte, ob in Einzelgesprächen oder mit der Interessenvertretung.

Erst die massiven Proteste und der Druck zahlreicher Branchen auf der Straße konnten die Belange der Landwirtschaft bei den Politikern ins Bewusstsein bringen. Der neuen Bundesregierung muss nun klar sein, dass sich die Landwirtschaft nicht nur mit der versprochenen Agrardiesel-Rücknahme zufriedenstellen lässt. Themen, die dringend gelöst werden müssen, sind:

- die Rücknahme der Mehrwertsteuer-Pauschalierung auf 9 Prozent,
- Vertrauenswiederherstellung des bäuerlichen Arbeitens nach der „Guten fachlichen Praxis“,
- Änderungen in den Gepflogenheiten der naturschutzfachlichen Ausgleichsmaßnahmen wie Anlagen, die zum Erreichen der Klimaziele dienen, können keinen Anspruch auf „naturschutzfachlichen Ausgleich“ haben, sondern müssten stattdessen als Ökoprodukt auf dem Konto der Kommune gutgeschrieben werden, statt landwirtschaftliche Fläche zu entnehmen
- Abschaffung des Umweltbundesamtes als Instanz mit Veto-recht, das europaweit einmalig ist und aktiv dazu beiträgt, dass Wirkstoffe zum Pflanzenschutz, die europaweit alle Zulassungsverfahren erfolg-

reich abgeschlossen haben, aus ideologischen Gründen in der BRD nicht zugelassen werden.

„Es ist auch eine Form der Lebensmittelverschwendung, wenn die Kulturen nicht ausreichend mit Pflanzenschutzmitteln geschützt werden können“, betonte Zehfuß. Gegen den Drahtwurm oder die Schilfglasflügelzikade, die Stolbur und SBR verbreitet, gebe es derzeit noch keine Bekämpfungsmöglichkeit, auch an Fungiziden mangle es, sodass die Landwirte mit hohen Verlusten rechnen müssen.

### Ohne Pflanzenschutz keine sicheren Lebensmittel

Es sei eine Mär, sichere Lebensmittel ohne Pflanzenschutzmittel gewährleisten zu können. Auch die Humanmedizin komme nicht mit Kamillen- oder Fencheltee zur Heilung zurecht. Und auch dort bleiben Rückstände. Dass diese in der Landschaft zu finden sind, wie in einem Artikel der pfälzlichen Tagespresse beschrieben, sei nicht verwunderlich. Denn es wurden Rückstände im Nanobereich gemessen, weit unter den gesetzlichen Rückstandshöchstgehalten. Es zeige vor allem, dass die Analysetechnik heutzutage enorm gut ist, bemerkte BWV-Präsident Hartelt. Hier wurde der Unterschied zwischen Gefährlichkeit und Risiko übergangen und eine sachliche Einordnung bewusst vermieden.

Oft muss die Landwirtschaft als Flächengeber für zahlreiche Projekte herhalten. In Rheinland-Pfalz hat sich die landwirtschaftliche Nutzfläche von 1992 bis 2023 um 62 500 ha reduziert, hatte die Landwirtschaft 1992

noch 43,8 Prozent der Gesamtfläche des Landes inne, sind es 2023 nur noch 40,6 Prozent. Zehfuß sieht als Ursache auch die Regelung der Ausgleichsmaßnahmen, die dazu führt, dass die Landwirtschaft für ein Projekt zweimal Flächen zur Verfügung stellen muss, für das Projekt ob Siedlung, Gewerbe, Windkraft, PV oder Batteriespeicher und zudem für den Ausgleich. Das sei nicht länger zu realisieren und müsse dringend geändert werden. Aktuell stehe das Projekt der Firma BASF mit der Vulcan Energy im Raum. „Wir haben in der Vergangenheit mit der BASF immer gute vertragliche Lösungen gefunden, auch in diesem Fall suchen wir die kooperative Lösung“, betonte Zehfuß. Doch nicht hinnehmbar sei der geplante Solarpark der BASF von 120 ha im Raum Frankenthal. „Das geht weit über das Höchstmaß an landwirtschaftlicher Verlustfläche nach dem PV-Leitfaden hinaus“, stellte Zehfuß klar und erhielt Rückendeckung von Landwirt Georg Riede aus Frankenthal, der in den nächsten Jahren weitere Projekte aufzählte, die realisiert werden sollen und insgesamt zu einem Flächenverlust in der Gemeinde Frankenthal von rund 500 ha führen werden. „Da können wir das Hoftor zu machen“, gab Riede zu bedenken und Zehfuß ergänzte: „Wir Landwirte nehmen nicht mehr hin, bei allen Maßnahmen zweimal Federn zu lassen.“

Eines dieser flächenfressenden Projekte im Raum Frankenthal und der ganzen Vorderpfalz ist der sechsspürige Ausbau der A 61. „Das Vorhaben inklusive

Brückenerneuerung der L 530 wird dem Gesamtverkehr erhebliche Zumutungen abverlangen“, prognostizierte Zehfuß.

Von einer Zumutung sprach er auch bei den aktuellen Umleitungen der A 65 und L 530 kurz vor Dannstadt. Die LBM habe dort nur Umleitungen für den autobahnfähigen Verkehr ausgeschildert und den landwirtschaftlichen Verkehr nicht berücksichtigt. So standen Landwirte mit Schleppern und Anhängern nach den Sperrungen ohne Vorwarnung und Umfahrungsmöglichkeit in der Autobahnauffahrt. „Dilettantisch in der Ausführung und nicht das erste Mal, dass der Landwirtschaft beim LBM keine Wertschätzung entgegengebracht wird, selbst Kammermitarbeiter haben dies zu spüren bekommen. Das bedarf der Aufarbeitung beim LBM“, bemerkte Zehfuß.

### Die Beregnung ist ein Segen für die Vorderpfalz

Von einem Juwel in der Vorderpfalz sprach Zehfuß beim Thema Wasser- und Bodenverband zur Beregnung der Vorderpfalz. „Das ist seit den 70er Jahren eine Erfolgsgeschichte, die ihresgleichen in Europa sucht.“ Seit einem Jahr ist nun der Wassercent eingeführt und aus den Verwaltungen sei von enorm hohen Arbeitszeitbelastungen durch den Wassercent zu hören. Sollte sich bestätigen, dass die Wassercent-Gebühr nicht mal für die Verwaltungskosten reiche, werde dies ein Fall für den Rechnungshof, sagte Zehfuß.

Denn alle Verbesserungsvorschläge wurden vom Umweltmi-



Gut besucht war die Kreisversammlung des Bauern- und Winzerverbandes Rheinland-Pfalz Süd im Rhein-Pfalz-Kreis. Die Flächen der Bauern sind dort sehr begehrt. Foto: Setzepfand



*Kreisvorsitzender Johannes Zehfuß rief die Berufskollegen auf, sich politisch vor Ort zu engagieren, sonst geht die Landwirtschaft in der Vorderpfalz unter. Fotos: Setzepfand*

nisterium nicht berücksichtigt. Auch dieses reagiere nur auf den Druck der Straße.

Was in anderen Landkreisen funktioniere, sei im Rhein-Pfalz-Kreis nicht möglich trotz regelmäßig anberaumter Gesprächsrunden: Die Gewässerpflege. „Entwässerungsgräben sind Infrastruktur, um bei Hochwasser den Abfluss zu gewährleisten, keine künstlichen Biotope“, erklärte der Kreisvorsitzende.

**Ausbau A 61 betrifft auch Beregnungsverband**

Georg Mercker berichtete von den Herausforderungen, die auf den Beregnungsverband zukommen. So wird der Ausbau der A 61 zu Umlegungen von Wirtschaftswegen und Leitungen führen. Und da die Hauptleitung unter einem Brückenbauwerk verläuft, wird eine Verlegung angestrebt. Parallel zu den Planun-



*Die Erweiterung Nord und der Ausbau der A 61 sind einige der Herausforderungen beim Beregnungsverband, sagte Georg Mercker.*

gen laufen Entschädigungsverhandlungen, werden Anträge für Zuschüsse beim Ministerium gestellt und über die Zuschuss-höhe diskutiert. Da es sich um eine europaweite Ausschreibung der Gewerke handelt, sei es ein hoher Verwaltungsaufwand bei den Planungen, sagte Mercker, „nur sehr spezielle Unternehmen sind in der Lage, diese Arbeit zu verrichten.“

Die Ausweitung des Beregnungsverbandes nach Norden wurde durch den Einspruch der Gemeinden Beindersheim, Bobenheim-Roxheim und Großniedesheim um drei Jahre verzögert. Zudem sei eine Kostenexplosion erfolgt. Es sind nun weitere Verhandlungen über den Zuschuss mit dem Ministerium notwendig, wobei diese auch von den Koalitionsverhandlungen in Berlin abhängig sind.

Neben all diesen Aufgaben stehen stets Reparaturen an, ob im Hauptwerk in Otterstadt, das 1950 gebaut wurde oder an den Feldhydranten, die überfahren und umgedrückt werden. Auch Rodungen von überwachsenen Leitungstrassen werden durchgeführt. „All das kostet Geld, das wir über den Wasserpreis finanzieren müssen. Bislang gab es nur geringe Preissteigerungen, doch nun werden mehr Gelder benötigt“, fasste Mercker zusammen (? ist das so?).

Er verwies zudem auf die Möglichkeit, nun unbekannte Brunnen nachzumelden und zu legalisieren, um die Abwicklung des Wasserzents für Brunnen durchzuführen. Die Verwaltung habe hier momentan ein offenes Fenster zur Nachmeldung angeboten.

Das Agieren der Firma Vulcan Energy sei für den Beregnungsverband neu und es gab Tests, um die Wahrung der wasserwirtschaftlichen Infrastruktur zu gewährleisten. So wurden kritische Punkte besprochen und die Vibrationsstärke festgelegt. Auch müssen die Verbandsanlagen weiterhin zugänglich sein.

Eine Aufgabe, die der Beregnungsverband gerne ausführt, das sei die Öffentlichkeitsarbeit. Denn die meisten Menschen gehen davon aus, dass in der Vorderpfalz das Gemüse mit Grundwasser beregnet werde, dem ist nicht so und dies sorge immer wieder für Verwunderung. Es sei

ein großer Pluspunkt für das heimische Gemüse, der mehr ins Bewusstsein der Verbraucher gebracht werden müsste, schloss Mercker, denn jeder LKW mit Tomaten bringe 20 m<sup>3</sup> Wasser aus Spanien nach Deutschland.

Weitere Themen von Zehfuß waren die Afrikanische Schweinepest, er bat die Kollegen um Unterstützung, diese Krankheit fernzuhalten, um Betretungsverbote auf den Feldern zu vermeiden.

BWV-Präsident Hartelt hat über die die Rollenverteilung in Brüssel, Berlin und Mainz gesprochen und dabei die Frage gestellt, ob es mit der neuen Regierung eine neue Agrarpolitik gebe. Er zeigte sich überzeugt, dass die Bauernproteste vor allem in Brüssel eine Reaktion und eine Verhaltensänderung hervorgerufen haben. EU-Kommissarin Ursula von der Leyen habe reagiert. Mit dem neuen Agrarminister Christophe Hansen sei

die Hoffnung auf Besserung gestiegen. „Wir werden ihn brauchen, denn hierzulande gibt es Abmahnvereine, besonders einer aus München, der nach dem Umwelt- und Verwaltungstransparenzgesetz die Einsicht in jeden Pflanzenschutz Einsatz verlangt. Noch wissen wir nicht, wie das ausgeht“, bemerkte Hartelt. Es könnte vor den Europäischen Gerichtshof gehen. In Hartelts Augen sei dies eine missbräuchliche Anwendung dieser Gesetze.

Zudem hoffe er bei den Neuwahlen auf Landesebene im März 2026 auf eine praxisnähere Landesregierung mit einem zuständigen Ministerium für die Landwirtschaft, um endlich den Schulterchluss Artenvielfalt mit den Naturschutzverbänden auch in Rheinland-Pfalz durchsetzen zu können, ähnlich dem Niedersächsischen Weg. Und um das niederländische Modell der Kooperation (MoKo) in Deutschland zu etablieren. zep